

Sächsische Zeitung

Jahrgang 213

für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 493

Bezugspreis: für Berlin und umliegende Bezirke monatlich 1 Mk. 1,50, vierteljährlich 4 Mk. 25, halbjährlich 8 Mk. 50, jährlich 16 Mk. 50, für die Provinz monatlich 1 Mk. 1,50, vierteljährlich 4 Mk. 25, halbjährlich 8 Mk. 50, jährlich 16 Mk. 50. — Adressänderungen: 25 Pf. —

Morgen-Ausgabe
Donnerstag, 4. November

Anzeigenpreis: Die Spalte 30 mm breit, 10 mm hoch, 100 Wörter. — Der 1. Tag 100, der 2. Tag 80, der 3. Tag 60, der 4. Tag 50, der 5. Tag 40, der 6. Tag 30, der 7. Tag 20, der 8. Tag 15, der 9. Tag 10, der 10. Tag 5, der 11. Tag 5, der 12. Tag 5, der 13. Tag 5, der 14. Tag 5, der 15. Tag 5, der 16. Tag 5, der 17. Tag 5, der 18. Tag 5, der 19. Tag 5, der 20. Tag 5, der 21. Tag 5, der 22. Tag 5, der 23. Tag 5, der 24. Tag 5, der 25. Tag 5, der 26. Tag 5, der 27. Tag 5, der 28. Tag 5, der 29. Tag 5, der 30. Tag 5, der 31. Tag 5, der 32. Tag 5, der 33. Tag 5, der 34. Tag 5, der 35. Tag 5, der 36. Tag 5, der 37. Tag 5, der 38. Tag 5, der 39. Tag 5, der 40. Tag 5, der 41. Tag 5, der 42. Tag 5, der 43. Tag 5, der 44. Tag 5, der 45. Tag 5, der 46. Tag 5, der 47. Tag 5, der 48. Tag 5, der 49. Tag 5, der 50. Tag 5, der 51. Tag 5, der 52. Tag 5, der 53. Tag 5, der 54. Tag 5, der 55. Tag 5, der 56. Tag 5, der 57. Tag 5, der 58. Tag 5, der 59. Tag 5, der 60. Tag 5, der 61. Tag 5, der 62. Tag 5, der 63. Tag 5, der 64. Tag 5, der 65. Tag 5, der 66. Tag 5, der 67. Tag 5, der 68. Tag 5, der 69. Tag 5, der 70. Tag 5, der 71. Tag 5, der 72. Tag 5, der 73. Tag 5, der 74. Tag 5, der 75. Tag 5, der 76. Tag 5, der 77. Tag 5, der 78. Tag 5, der 79. Tag 5, der 80. Tag 5, der 81. Tag 5, der 82. Tag 5, der 83. Tag 5, der 84. Tag 5, der 85. Tag 5, der 86. Tag 5, der 87. Tag 5, der 88. Tag 5, der 89. Tag 5, der 90. Tag 5, der 91. Tag 5, der 92. Tag 5, der 93. Tag 5, der 94. Tag 5, der 95. Tag 5, der 96. Tag 5, der 97. Tag 5, der 98. Tag 5, der 99. Tag 5, der 100. Tag 5.

Frankreich muß nachgeben

Das deutsche Privateigentum bei den Alliierten

* Basel, 3. November.

Der Pariser Berichterstatter der „Völk. Nachr.“ faßt das Ergebnis der französischen englischen Verhandlungen bezüglich des englischen Vermögens bei den Alliierten so zusammen, daß die englische Regierung der französischen kein Verwehren ausgedrückt hat, und daß sie auf ihrem ursprünglichen Standpunkt verharret; das deutsche Privateigentum sei also in England geschützt und muß darum auch in den anderen Staaten geschützt werden, die mit Deutschland Handel treiben wollen oder müssen; hierzu geböre Frankreich. Zu der Weiterentwicklung seines Standpunkts aufrechtzuerhalten, heißt das „Journal“. Diese Note bedeutet entweder nichts oder daß England Frankreich nachgeben hat. Der Ton der französischen Presse gegen England zeigt die feste Verklammerung. Die Londoner Blätter schreiben: Es sei fider, daß als Folgen der Ver-

handlungen zwischen Paris und London bald eine Zusammenkunft der Sachverständigen der Wiedergutmachungskommission mit deutschen Sachverständigen, wahrscheinlich in Brüssel, stattfinden werde. Hieran wird sich eine Konferenz, ähnlich wie die in Spa, wahrscheinlich in Genf, anschließen.

Die Holzlieferungen an Frankreich

b. Mannheim, 3. November.

Wie die „F. P.“ erzählt, konnten sich die deutschen Vertreter bei den Verhandlungen in Paris mit den französischen Vertretern bisher nur über die für die erste Wiedergutmachungsrate in Frage kommende Holzmenge verständigen, die im ersten Halbjahr 1921 zu liefern ist und 1 Million Kubikmeter betragen soll. Davon liefern etwa 15 Prozent Rohholz sein, der Rest aus Holzgeräten, Holzschmelzen und Schmittware bestehen. Eine Verständigung über die weitgehenden Qualitätsanforderungen Frankreichs und besonders über die Preise sind bisher unmöglich gewesen.

Oesterreichs Vormundschaft

Parteilichkeit hat Oesterreich zugrunde gerichtet. Namentlich in der Beamtenfrage sind diese Mängel zutage getreten. Man hat Stellen mit Beamten besetzt, die unfähig waren, ihre Arbeit zu leisten. Deshalb mußten ihnen wieder Stillschüsse beigegeben werden, und das Ende vom Liede ist, daß jetzt tatsächlich bei einer Bevölkerungszahl von nur 6 Millionen über 800 000 Pensionen, Bezüge und deren Familien, „vom Staate leben“. Dazu kommen noch etliche Hunderttausende, die nicht direkt als Staatsangestellte zu betrachten sind, aber durch ihre sogenannte Vermittlerfähigkeit dem armen Staat jährlich Milliarden kosten. Mit diesen Worten kann man sagen, daß ein Sechstel der Gesamtbevölkerung vom Staate lebt, ein weiteres Sechstel ist indirekt von ihm, ein drittes Sechstel arbeitet nicht, lebt aber aufrecht auf, wovon, das wissen nur die Beamten, der Rest über die Hälfte, welche weiterarbeiten, allerdings nicht mehr, um die Pflichten oder Schmarotzer zu erhalten, als um ihr eigenes arbeitsloses Leben zu fristen.

Da keine Regierung vorhanden ist, die stark genug wäre, Ordnung zu schaffen, hat die Entente in Form der Reparationskommission sich einfach in die rein inneren Verhältnisse Oesterreichs eingemischt und „Vorklänge“ gemacht, die bei der notorischen Unfähigkeit des Rändchens Befehlen gleich zu achten sind. Wie erniedrigend diese Situation für den angeblich selbständigen Staat ist, das empfindet der wirklich deutsche Teil der Bevölkerung mit tiefer Befähigung, und er zurecht noch viel zu schmähdig, um dem Selbstbewußtsein und der Würde des Staates entsprechend zu handeln. Das kleine Unkraut hat es weit besser verstanden, sein nationales Ansehen sich zu wahren! Und deshalb wurde es von der bisherigen österreichischen Regierung in solch unheimlicher, das eigene Land schädigender Weise angefaßt und herausgefordert.

Zunächst hat die Reparationskommission, die sich durch Oesterreichs Verfallenden aus wie ein Vormund Ändern Oesterreichs bemüht, auf die Verminderung der öffentlichen hohen Beamtenzahl hingewirkt. Wenn man bereits hinsichtlich die dabei nicht nur die Staatsbeamten, sondern auch die Kommunalbeamten, da ja doch große Defizit der Stände auch meist auf die viel zu hohe Beamtenzahl zurückzuführen ist. Namentlich Wien bietet in dieser Beziehung ein erschreckendes Beispiel.

Die Art, wie man sich dieser überflüssigen Beamten am Staats- oder Stadtkassier entziehen kann, ist auch angegeben. Zunächst sollen die Pension erhalten, auf die sie im letzten Jahr Anspruch haben würden, dann soll an sie Rand verteilt werden, um die Grenzproduktion von Lebensmitteln zu erhöhen, zumal in Oesterreich genügend Rand besteht, das bis heute noch nicht ausgenutzt wurde, und drittens soll die Auswanderung dieser überflüssigen Beamten staatlich gefördert und unterstützt werden.

Der letztere Vorschlag ist eine beabsichtigte Schmäderung Oesterreichs. Es wäre besser gewesen, zu verlangen, daß alle nicht rein deutschen Beamten entlassen werden sollten. Das hätte volklich genügt, da sich eine Unmenge inoffizieller Beamten in Oesterreich eingemischt haben. Im Reichsland Oesterreich würde man solche deutschen Beamten auch nicht dulden, obwohl dort jetzt immer ein toller Erbs für die deutsche Loyalität und Bewusstseinshaftigkeit zu finden ist. Wird diese Volkswirtschaftsänderung tatsächlich ins Werk gesetzt, so verliert Oesterreich nur deutsche Elemente und behält dafür ansehnliche Kapitalien.

Von allen wirklich staatsfeindlichen, das heißt also, daß bürgerlichen Elementen wurde es mit Freuden begrüßt, daß die Entente auch endlich mit dem Unflug der jetzigen Volksherrscher brechen will, die das beramte Land jährlich Milliarden verdrücken Millionen kostet. Bei der Entlassung dieser Leute würde sogar die Auswanderung derselben zu begünstigen. Seit sich doch täglich, daß es sich in Wien bei einem großen Teil dieser feierlichen Volksherrscher nur um eine kommunistische Subversion handelt, die in der Kaiserne ein „Flüchtlinglager“ für kommunistische Ungarn errichtet hat. Dortin hat man in Wien wühlende bürgerliche Ungarn gesammelt und in grauenhaftester Weise misshandelt, wie gerade jetzt wieder ein Fall in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Aber die bisherige Regierung mit dem ausgeprochen kommunistischen Einschlag hat solche fürchterlichen Zustände stillschweigend gebildet. Wien würde daher aufstehen, wenn die Volksherrscher abgesetzt und durch eine kleine Gruppe ersetzt würden, die ihre Pflicht als Schutz er erfüllen.

Der Schwerpunkt des sogenannten Memorandums der Reparationskommission gibt es in dem Satz, daß endlich die „Arbeit ausbrücken der Oesterreicher in Arbeit ausbrücken muß“. Es ist traurig bestellt mit einem Staat, dessen keine Feinde ihm dies erst erkennen müssen. Da bisher nur von Arbeit geredet, aber nichts geleistet wurde.

Der Bericht wird betont, daß die Entente nicht nur eine Finanzhilfe einwerbe. Die Kräfte, die Oesterreich dann stellen müßte, um diese finanzielle Hilfe wirksam zu machen.

Ein vollständiger Sieg Harding

Das vorläufige Ergebnis der Wahl

w. Wähen, 3. November.

Die republikanischen Führer schätzen die von Harding erzielte Mehrheit auf 400 000 Stimmen. Nach neueren Berechnungen weisen die einflussreichen Wahlberichte darauf hin, daß Harding eine bisher noch nicht erzielte Mehrheit erzielt hat.

Der republikanische Kandidat Harding hat, soweit Ergebnisse aus einzelnen Staaten vorliegen, bisher in folgenden Staaten eine Stimmenmehrheit auf sich vereinigt, nämlich: Arizona 371, in Kalifornien 8509, in Colorado 873, in Connecticut 30 382, in Delaware 292, in Florida 2579, in Illinois 16 828, in Iowa 18 828, in Maine 35 171, in Massachusetts 31 241, in Michigan 17 788, in Montana 12 421, in New Hampshire 1052, in New Jersey 17 788, in New York 263 548, in Ohio 23 720, in Pennsylvania 8720, in Vermont 2676 und Westvirginia 1046. Dagegen hat der Demokrat Cox an Stimmenmehrheiten auf sich vereinigt in: South 11 882, in Kentucky 18 404, in Mississippi 101, in Missouri 292, in Oklahoma 775, in Tennessee 1713.

Insgesamt hat also an Wahltagen der Republikaner Harding in 19 Staaten 547 310 und der Demokrat Cox in 6 Staaten 31 307 Stimmen mehr.

Die Beteiligung der Frauen an der Wahl war sehr groß. Die „Daily Mail“ aus New-York meldet, worden bereits in folgenden Staaten Kombinationen über die Zusammenfassung des neuen Kabinetts angesetzt. Das Department des Innern werde Hoover, dem früheren Leiter des Büros für Lebensmittelforschungen zum Europa, angehören. Das Staatssekretariat für das Weibliche werde Berenson, der frühere Postminister in San Francisco, werden, wobei wahrscheinlich zum Postminister in San Francisco ernannt werden.

Roth Weibchen aus New-York befindet sich bei der Wahl die Wahlberechtigungsfähigkeit. Die Wahlberechtigungsfähigkeit ist ein wichtiger Punkt, der die Wahlberechtigungsfähigkeit betrifft. Die Wahlberechtigungsfähigkeit ist ein wichtiger Punkt, der die Wahlberechtigungsfähigkeit betrifft.

b. Marion (Ohio), 3. November.

Roth Weibchen seiner Wahl zum Präsidenten werden sich auf ihrem Ballen und Leib, um Wähen gerührt, folgende Worte sagen: „Ich habe gerührt mit Wähen gerührt und werde mich immer bemühen, Wähen gegenüber mit vollkommener Ehrlichkeit zu handeln; wenn das Schicksal mich nun zum Präsidenten bestimmt, so werde ich gegenüber allen Wähen ein solches Verhalten einzuhalten.“

Erhöhung der Eisenbahntarife

b. Berlin, 3. November.

Nach dem „N. L.“ tritt morgen der Sachverständigenrat des Reichstages für Tariffragen usw. im Reichsverkehrsministerium zu einer Sitzung zusammen, in der die Möglichkeit oder Notwendigkeit besprochen werden soll, die Personen- und Güterverkehrsstarife auf der Eisenbahn zu erhöhen. Da das Ansuchen der Verböderungsgebührende in seiner Weise mit allen Anzeichen der Materialpreise erhöht gehalten hat, ist zu erwarten, daß der Sachverständigenrat einer Erhöhung zustimmen wird. Demnach dürfte die Frage besonderer Karten zu erhöhten Preisen für bringende Berufstätigen u. a. berührt werden.

Wie die Hohenzollern „abgefunden“ werden

(Von unserem Sonderberichterstatter)

b. Berlin, 3. November.

Der Reichsausschuss der Preussischen Landesversammlung beschließt sich heute mit der Vorlage über die Abfindung der Hohenzollern. Bei der sich daraufhin anschließenden allgemeinen Aussprache machte der Vertreter des Finanzministeriums folgende Mitteilung:

Am Januar 1910 hatte der König eine Million holländische Gulden erhalten, im August 1910 1,198 Millionen Mark und im Februar 1911 1,398 Millionen Mark. Von dem Grundbesitzverkauf in der Hohenzollern hat der König 40 Millionen Mark erhalten, die zum Teil für den Kauf des Schlosses Coesfeld verwendet worden sind. Für dieses Schloss sind im März 1910 auch die Grundstücksabfindungen geliefert worden. Der Aufwandsbeitrag des Königs beim Verkauf betrug täglich 1000 Gulden oder 100 000 Mark. Die Königin lebte bis zum 1. Juli 1910 ihre Abfindung aus der Kronrente und später aus dem Grundbesitz erhalten, jetzt aber nur noch zwei Drittel der früheren Höhe.

